

Anastasia Poulou

Soziale Grundrechte und europäische Finanzhilfe

Anwendbarkeit, Gerichtsschutz, Legitimation



Die europäische Finanzkrise hat traditionelle Annahmen des europäischen Verfassungsrechts in Frage gestellt und zur Umgestaltung der Wirtschaftsarchitektur der Union geführt. Neugeschaffene Mechanismen ermöglichen die finanzielle Unterstützung von Euro-Ländern, jedoch nur unter umfangreichen Auflagen. Diese sehen Lohnzurückhaltungen, Dezentralisierung von Tarifverhandlungen, Kürzungen von Renten und Reformen im Gesundheitsversorgungssystem vor. Wie ist dieser Abbau sozialrechtlicher Garantien aus unionsrechtlicher Perspektive zu bewerten und wem ist eine eventuelle Grundrechtsverletzung zuzurechnen - der EU oder ihren Mitgliedsstaaten? Könnten die Gerichte eine legitimierende Rolle zum Schutz sozialer Grundrechte in Zeiten der Krise wahrnehmen? Anastasia Poulou beleuchtet diese Fragen, indem sie die sozialen Grundrechte sowie eine Konzeption zum gerichtlichen Schutz sozialer Grundrechte als Gegengewichte zu den Legitimationsdefiziten der Eurokrise darstellt.

Anastasia Poulou Geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaft an der Aristoteles Universität in Thessaloniki und an der Freien Universität in Berlin; 2015 Promotion (Heidelberg); 2016 Deutscher Studienpreis (Körber-Stiftung); Master's in International Human Rights Law an der Universität Oxford; Max Weber Postdoctoral Fellow am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz; seit 2016 Wissenschaftliche Referentin am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München. <https://orcid.org/0000-0002-7541-4318>

2017. XIX, 353 Seiten. VEEu 12

ISBN 978-3-16-155128-4
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 978-3-16-156020-0
DOI [10.1628/978-3-16-156020-0](https://doi.org/10.1628/978-3-16-156020-0)
eBook PDF 74,00 €

Jetzt bestellen:

<https://www.mohrsiebeck.com/buch/soziale-grundrechte-und-europaeische-finanzhilfe-9783161551284/>

Telefon: +49 (0)7071-923-17

Telefax: +49 (0)7071-51104